



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie

SEKTION II

A-1020 Wien, Untere Donaustraße 11

Telefon: (0222) 211 32-0

Durchwahl:

Telefax Nr. (Sektion ~~22~~ 208  
(0222) 211 32 / 2008

DVR:0441473

Sachbearbeiter:

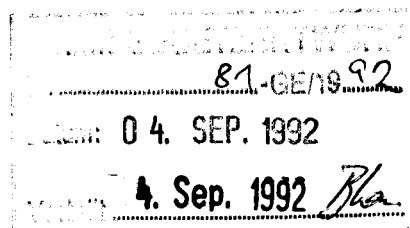
Feldmann

Zl. 14 1531/12-II/5/92

Wien, am 27. August 1992

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
A-1016 Wien



Betrifft: Entwurf eines Heizkostenabrechnungsgesetzes  
Stellungnahme des BMUJF

*Dr. Kumpfinger*

In der Anlage übermittelt das Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie seine Stellungnahme zum Entwurf eines  
Heizkostenabrechnungsgesetzes.

Für die Bundesministerin:  
U n t e r p e r t i n g e r

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Alsbauer*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie  
SEKTION II

A-1020 Wien, Untere Donaustraße 11

Telefon: (0222) 211 32-0

Durchwahl:

Telefax Nr. (Sektion II) 211 32-08

(0222) 211 32 / 2008

DVR:0441473

Zl. 14 1531/12-II/5/92

Sachbearbeiter:

Feldmann

Wien, am 27. August 1992

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1  
A-1011 Wien

Betrifft: Entwurf eines Heizkostenabrechnungsgesetzes  
Stellungnahme des BMUJF  
do. GZ 50.080/12-X/B/8/92

I. Allgemeines:

Der Entwurf eines Heizkostenabrechnungsgesetzes ist in mehrfacher Hinsicht zu begrüßen. Sinnvoll erscheint es, durch diesen Gesetzesentwurf eine einheitliche Regelung in diesem Bereich zu schaffen, statt wie bisher einzelne Regelungen im MRG, WEG und WGG zu treffen. Besonders zu befürworten ist, daß sich die Abrechnung nun mehr am individuellen Verbrauch orientiert und somit jedem einzelnen ein Anstoß zur aktiven Mitwirkung bei der Einsparung von Energie und Kosten gegeben wird. Mit einer Verringerung der Schadstoffemissionen durch Heizanlagen, die einen der Hauptfaktoren der Umweltbelastungen darstellen, kann gar nicht früh genug begonnen werden. Da es in den Europäischen Gemeinschaften noch keine ver-

- 2 -

pflichtenden Regelungen auf diesem Gebiet gibt, hat Österreich die Gelegenheit, durch gut durchdachte Regelungsinhalte eine Vorreiterrolle für die zukünftige Entwicklung innerhalb des EWR bzw. der EG zu spielen.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu § 2 Z 4:

§ 2 Z 4 bedarf einer Klarstellung. Die Definition der "Nutzungsobjekte" ist unklar ab "... oder jener, deren Zweckbestimmung einer ausschließlichen Benützung entgegenstehen ...". Fallen auch diese Räumlichkeiten unter den Begriff der Nutzungsobjekte oder nicht ? Was ist mit "ausschließlicher Benützung" gemeint ?

Zu § 5 Abs. 1 und 2:

Abs. 1 beinhaltet die Möglichkeit der "überwiegenden Beeinflußbarkeit des Energieverbrauches durch den Wärmeabnehmer", die eine zentrale Stellung im Gesetzesentwurf einnimmt. Was allerdings unter "überwiegender Beeinflußbarkeit" genau zu verstehen ist und ab wann diese nicht mehr gegeben ist, sollte in einer eigenen Definition klargestellt werden.

In Abs. 2 wird folgende Ergänzung vorgeschlagen: "... zumindest näherungsweise Ermittlung der Verbrauchsanteile nicht tauglich, und kann eine solche Tauglichkeit mit wirtschaftlichen Maßnahmen auch nicht herbeigeführt werden, so ...". Es soll damit eine Sanierung der technischen Einrichtungen, um deren Tauglichkeit herzustellen, ermöglicht werden.

- 3 -

Zu § 6 Abs. 1 Z 2:

Prinzipiell ist die Einräumung eines Rechtes für jeden Wärmeabnehmer, auch nachträglich die Ausstattung des Gebäudes mit Vorrichtungen zur Erfassung der Verbrauchsanteile zu verlangen, sehr zu begrüßen.

Jedoch sollte in Abs. 1 Z 2 dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit noch weiter Rechnung getragen werden. Abs. 1 Z 2 sollte besser lauten: "wenn die ... zu erwartende Einsparung an Wärmekosten gleich hoch oder höher ist ...". Eine solche Definition würde auch eher dem in § 1 des Gesetzesentwurfes genannten Ziel entsprechen, wonach Heiz- und Warmwasserkosten zum überwiegenden Teil auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauches abzurechnen sind, sofern die erwartete Energieeinsparung die Kosten ausgleicht, die sich aus dem Einbau und Betrieb der Meßvorrichtungen ergeben.

Zu § 9:

Zu § 9 darf angemerkt werden, daß die Voraussetzungen zur Anwendung von Abs. 2 und 3 nicht schon dann gegeben sein sollte, wenn die in Abs. 1 genannte "entsprechende Vorrichtung" nicht vorhanden ist, sondern erst, wenn ihre Anbringung aus technischen Gründen nicht möglich ist.

Zu § 11 Abs. 2:

Es erscheint notwendig zu definieren, was unter "zumutbare Bemühungen" zu verstehen ist. Es wird angeregt, eine Duldungsverpflichtung des Wärmeabnehmers in bezug auf die Ableistung zu normieren und eine Weigerung mit einer entsprechenden Sanktion zu versehen.

- 4 -

Zu § 18 Abs. 1:

Es wird angeregt, folgende Punkte als weitere Mindestanforderungen in die Information über die Abrechnung aufzunehmen:

- Entwicklung des Energieverbrauches je m<sup>2</sup> im Vergleich zu den letzten drei Abrechnungsperioden.
- Abweichung vom durchschnittlichen Energieverbrauch eines Wärmeabnehmers im Gebäude je m<sup>2</sup>.

Abschließend wird bedauert, daß die in § 4 Abs. 3 des Entwurfes vom 4. Mai 1992 enthaltene Bestimmung betreffend die Führung eines Stammblasses im jetzigen Entwurf nicht mehr vorgesehen ist. Das Instrument der "Stammbblätter" würde für Gebäude einen wichtigen Beitrag zur besseren energiewirtschaftlichen Beurteilung einzelner Gebäude bilden und den Grundstein für Erkenntnisse über den gesamten Baubestand legen. Es könnte dies weiters einen Schritt in Richtung der von den Europäischen Gemeinschaften beschlossenen Einführung von "Energieausweisen von Gebäuden" sein.

25 Kopien der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die Bundesministerin:  
U n t e r p e r t i n g e r

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Albanberger*